

**Niederschrift
über die Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit
Behinderung
am 2. Februar 2015**

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 10. November 2014**
- 3. Entsendung von Beiratsvertreterinnen in die Bezirksvertretungen 3 und 6**
- 4. Angebote für Menschen mit Hörbehinderung**
- 5. Beschlusskontrolle**
- 6. S 8: Barrieren der neuen Fahrzeuge**
- 7. Berichte aus den Runden Tischen**
- 8. Mitteilungen der Verwaltung**
- 9. Verschiedenes**

Bürgerfragestunde

Niederschrift der Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung
vom 2. Februar 2015

Anwesend:

Mitglieder des Beirates

Ratsherr Lehne	Vorsitzender
Herr Wessels	stellvertretender Vorsitzender

Vertreterinnen und Vertreter der Menschen mit Behinderung

Herr Kozyk	Menschen mit Sehbehinderung
Herr Borzim	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Fischer	Menschen mit Körperbehinderung und chronischer Erkrankung
Frau Reichmann-Schmidt	Menschen mit psychischer Behinderung

Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen

Ratsherr Stieber	CDU
Ratsfrau Mohrs	SPD
Frau Ott	Bündnis 90 / Die Grünen
Ratsherr Matheisen	FDP
Herr Nowinski	Die Linke

Weitere Mitglieder

Herr Schlachetzki	Sprecher Runder Tisch Bauen
Frau Humpert-Kalb	Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Herr Joedecke	Sprecher Runder Tisch Kommunikation
Frau Sader	Seniorenbeirat
Frau Bellstedt	Liga Wohlfahrt
Herr Buschhausen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Rigter	Behindertenkoordination

Stellvertretende Mitglieder

Frau Pohlmann	Menschen mit Sehbehinderung
Frau Kirberg	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Klussmann	Menschen mit Hörbehinderung
Frau Rohrbacher	Menschen mit psychischer Behinderung
Herr Welski	Körper- und Mehrfachbehinderte
Herr Hahn	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Bauen
Herr Fladerer	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Verkehr

Niederschrift der Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung
vom 2. Februar 2015

Frau Dill	stellvertretende Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Ratsherr Warnecke	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Dölling	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Güdelhöfer	Amt für Gebäudemanagement
Frau Schormann	Gesundheitsamt
Frau Hartmann	Behindertenkoordination

Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Frau Garn	Büro Oberbürgermeister
Herr Bergmann	Amt für Kommunikation
Frau Heggen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Müller	Behindertenkoordination (Schriftführung)

Gäste

Frau Schneider	Caritasverband
Frau Seeber	Caritasverband

Entschuldigt

Frau Kroker-Christmann	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen e. V.
Frau Hermanns	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen e. V.
Herr Decius	Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte
Herr Zielonka	Sprecher Runder Tisch Verkehr
Frau Laqua	Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Frau Hoop	Gesundheitsamt

Presse

Herr Janssen	Rheinische Post
--------------	-----------------

1. Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung

Die Sitzung wird vom stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wessels, eröffnet in Vertretung von Ratsherrn Lehne, der zu einem späteren Zeitpunkt die Sitzungsleitung übernehmen wird.

Herr Wessels begrüßt die anwesenden Beiratsmitglieder und Gäste. Entschuldigt haben sich Frau Kroker-Christmann, Frau Hermanns, Herr Zielonka, Herr Decius, Frau Hoop und Frau Laqua. Er stellt die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Beirats fest und erinnert an die Regeln für einen barrierefreien Sitzungsverlauf.

Nach der Kurzvorstellung der Anwesenden wird die Tagesordnung aufgerufen. Zum TOP „Verschiedenes“ gibt es einige Wortmeldungen:

Herr Fischer kündigt Informationen zur Sitzung der „AG Satzung“ sowie, auf Wunsch von Frau Kroker-Christmann, eine Nachfrage zur „Woche der Inklusion“ an.

Herr Kozyk beabsichtigt, eine Frage zum Thema Barrierefreiheit von Sitzungsunterlagen im Internet zu stellen.

Frau Humpert-Kalb wird eine Stellungnahme des Beirats zur sogenannten „PEGIDA“ anregen.

Frau Ott kündigt einen Bericht zu einer Veranstaltung der ARGE e. V. zum Thema Barrierefreiheit und Museen an.

Mit diesen Ergänzungen wird die Tagesordnung ohne Gegenstimmen angenommen.

2. Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 10. November 2014

Frau Ott merkt ergänzend zur Niederschrift an, sie habe anregen wollen, dass mindestens noch eine Frau dem geschäftsführenden Vorstand angehören solle.

Weiterhin kündigt sie zu TOP 5 den Wunsch an, dass bei der Übertragung des Live-Streams auch Herr Oberbürgermeister Geisel ins Bild komme.

Die Niederschrift wird in der vorgelegten Form ohne Gegenstimme angenommen.

3. Entsendung von Beiratsvertreterinnen in die Bezirksvertretungen 3 und 6

Der Beirat beschließt einstimmig, Frau Sabine Rohrbacher in die Bezirksvertretung 6 sowie Frau Renate Reichmann-Schmidt in die Bezirksvertretung 3 als Vertreterinnen des Beirates für Menschen mit Behinderung gemäß § 58 Absatz 3, Satz 6 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu entsenden.

4. Angebote für Menschen mit Hörbehinderung

Frau Schneider und Frau Seeber vom Caritasverband Düsseldorf stellen anhand eines Folienvortrages die Angebote des Caritasverbandes für Menschen mit Hörbehinderung vor.

Auf Nachfrage von Herrn Schlachetzki zu den Angeboten im Detail und zur Erreichbarkeit erklärt Frau Schneider, die Gehörlosenberatung befinde sich auf der Klosterstraße 88 in der Nähe des Hauptbahnhofs; nähere Informationen lasse sie auf Wunsch gerne zusenden.

Herr Klusmann merkt an, dass er selber als Schwerhöriger (Träger eines Cochlea Implantats) das Angebot seit langem kenne. Er schätze besonders die neutrale Umgebung. Es sei nicht notwendig, Mitglied eines Vereins oder Angehöriger einer Religionsgemeinschaft zu sein. Die Räume seien auf die besonderen Bedürfnisse von hörbehinderten Menschen eingerichtet; die Mitarbeiterinnen hätten sehr gute Fachkenntnisse, sie beherrschen die Gebärdensprache und er schätze die Arbeit sehr.

Frau Ott weist auf den Zusammenhang mit dem Haushaltsantrag aus dem vergangenen Jahr hin. Sie rege an, dass der Beirat künftig alle Anträge, die Menschen mit Behinderung betreffen, vor den Haushaltsberatungen im Beirat beraten werden. Dies sei auch im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern so üblich.

Weiterhin möchte sie wissen, ob es weitere derartige Beratungsstellen gebe und wie die Vernetzung dieser Stellen gestaltet sei.

Frau Schneider erwidert, dass es in dieser Form, das heißt als Sozialberatung, kein weiteres Angebot in Düsseldorf gebe. Es gebe noch den Integrationsfachdienst, den Schwerhörigenbund und den Stadtverband der Gehörlosen. Die Beratungsstelle sei mit all diesen Institutionen sowie den Sportvereinen und den Gebärdensprachdolmetschenden und

Niederschrift der Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung
vom 2. Februar 2015

Schriftdolmetschenden vernetzt. Der Caritasverband habe den Antrag auf Aufstockung nicht gestellt, um mehr Personal zu bekommen, sondern weil die derzeitige Finanzierung nicht ausreichend sei.

Auf Nachfrage erklärt Frau Schneider, dass Veranstaltungen für die „zentren plus“ angeboten werden; schwerpunktmäßig fänden die Veranstaltungen in Oberbilk im „zentrum plus“ des Caritasverbandes statt.

Herr Kozyk und Herr Fischer bitten um Erläuterung, ob gleichartige Projekte gefördert werden, die sich möglicherweise zusammenfassen und bündeln ließen, damit die Fördermittel wirtschaftlicher eingesetzt werden könnten.

Herr Wessels bittet in dem Zusammenhang die Verwaltung um eine Stellungnahme.

Herr Dölling berichtet zunächst, dass der Caritasverband seinen Antrag im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zurückgezogen habe, nachdem sich dort im Rahmen der Haushaltsberatungen keine Mehrheit dafür abgezeichnet habe. Es sei dann aber der Wunsch des Ausschusses gewesen, diese Thematik sowohl in den Seniorenbeirat als auch in den Beirat für Menschen mit Behinderung einzubringen. Allerdings handele es sich in beiden Fällen nicht um eine Erörterung des Haushaltsantrags, sondern um eine inhaltliche Darstellung der Angebote. Es sei auch in Zukunft nicht beabsichtigt, die Haushaltsberatungen im Beirat für Menschen mit Behinderung durchzuführen.

Anschließend stellt Herr Dölling die von der Stadt derzeit geförderten Angebote für Menschen mit Hörbehinderung dar:

Die Gehörlosenberatungsstelle des Caritasverbandes sei im Jahre 2014 mit etwa 60.000 Euro bezuschusst worden. Der Gehörlosenberatung für ältere Menschen (Projekt Beethoven) seien etwa 50.000 Euro zur Verfügung gestellt worden. Für das laufende Jahr betrage der Zuschuss für die Gehörlosenberatung 61.400 Euro und für das Projekt Beethoven 51.000 Euro. Der jährliche Zuschuss erhöhe sich analog zum Rahmenvertrag (derzeit pro Jahr um zwei Prozent).

Der Stadtverband der Gehörlosen werde durch Einzelzuwendungen finanziert. Im vergangenen Jahr seien Zuschüsse in Höhe von etwa 15.000 Euro ausgezahlt worden.

Sie dienen der Finanzierung von Geschäftskosten, Repräsentationskosten, Beiträgen zu Fachverbänden, Aufwandsentschädigung für eigenes Personal, Kosten für Gebärdensprachdolmetschende, Projekte und Fortbildung.

Niederschrift der Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung
vom 2. Februar 2015

Der Deutsche Schwerhörigenbund habe 2014 insgesamt 6.400 Euro für Geschäftskosten, Treffen der Selbsthilfegruppe, Mundabsehkurs, Ausflüge, Vorträge, technische Beratung und Vorführung von Hilfsmitteln erhalten.

Der Gehörlosenwarterraum der Graf-Recke-Stiftung (ehemals Educon) sei im vergangenen Jahr mit etwa 26.500 Euro bezuschusst worden. Dies erfolgte unter der Auflage, dass die restlichen Kosten durch andere Zuschussgeber oder durch die Graf-Recke-Stiftung selbst aufgebracht werden.

Darüber hinaus hätten für den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschenden in politischen Gremien im Vorjahr 5.000 Euro zur Verfügung gestanden, von denen nur 270 Euro abgerufen wurden, obwohl das Angebot ausreichend bekannt sei.

Die Kommunikationshilfe-Verordnung zum Behindertengleichstellungsgesetz (BGG NRW) sehe vor, dass zur Wahrnehmung der eigenen Interessen im Rahmen des Verwaltungsverfahrens Mittel für Kommunikationshilfen bereit stehen (beispielsweise Gebärdensprachdolmetschung). Dabei handele es sich um eine gesetzliche Pflichtleistung.

Insgesamt sei der Personenkreis der gehörlosen und hörbehinderten Menschen im Jahre 2014 mit freiwilligen Leistungen in Höhe von rund 158.000 Euro unterstützt worden. Das sind 65 Prozent der gesamten freiwilligen Zuschüsse für Menschen mit Behinderung.

Auf Nachfrage von Herrn Fischer erläutert Frau Heggen, dass die übrigen 35 Prozent der freiwilligen Zuschüsse für Menschen mit Behinderung des Amtes für soziale Sicherung und Integration an unterschiedliche Vereine der Menschen mit Behinderung zum Beispiel für Ausflüge und Veranstaltungen, gingen.

Herr Klussmann betont, dass die Gehörlosen, auch wenn von der Zahl her keine große Gruppe, doch sehr gut organisiert und sehr aktiv seien. Für die schwerhörigen und ertaubten Menschen wünsche er sich bessere Rahmenbedingungen, zum Beispiel sei die Akustik in den „zentren *plus*“ häufig für seine Behinderungsform unzureichend; hier wünsche er sich ähnlich gute Ausrüstung wie hier im Sitzungssaal.

Herr Wessels schließt den Tagesordnungspunkt.

5. Beschlusskontrolle

Zu Nr. 6 der Vorlage merkt Frau Ott an, dass bei den Übertragungen der Ratssitzungen im Internet lediglich die Vortragenden am Pult gezeigt werden. Sie rege an, dass auch der die Sitzung von seinem Platz aus leitende Herr Oberbürgermeister mit ins Bild genommen werde. Das sei besonders für gehörlose Menschen, die vom Mund ablesen, wichtig.

Frau Garn antwortet, sie habe die Anregung bereits weitergegeben. Es seien sowohl technische als auch rechtliche Fragen zu klären. Sie hoffe, dass dies bis zum nächsten Mal erfolgt sei.

Ratsfrau Mohrs fragt zu Nr. 1 der Vorlage, wie es um die Verlängerung der Handläufe an der Rathaustreppe stehe. Dabei bemängelt sie generell das Fehlen eines Zeitrahmens bei allen Punkten in der Liste.

Ratsherr Lehne nimmt ab diesem Tagesordnungspunkt an der Sitzung teil. Er kritisiert ebenfalls das Fehlen einer Zeitangabe. Er möchte wissen, bis wann mit der Abarbeitung der jeweiligen Aufträge zu rechnen sei. Darüber hinaus bedauere er, dass die jeweilige Fachverwaltung in der heutigen Sitzung unzureichend vertreten sei.

6. S8: Barrieren der neuen Fahrzeuge

Ratsherr Lehne übernimmt als Vorsitzender die Leitung der Sitzung.

Herr Dölling berichtet, dass in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands beschlossen wurde, dieses aktuelle Thema auf die Tagesordnung zu nehmen.

Seit dem 14. Dezember vergangenen Jahres seien auf der S-Bahnlinie S5/S8, die von Dortmund über Düsseldorf nach Mönchengladbach verkehre, neue Triebwagen im Einsatz. Diese Fahrzeuge hätten eine Einstiegshöhe von 76 cm, während für die Bahnsteige im Düsseldorfer Stadtgebiet eine Einstiegshöhe von 96 cm vorgesehen sei.

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) hätte in der Ausschreibung Fahrzeuge mit einer barrierefreien Toilette und einer Einstiegshöhe von 76 cm gefordert.

Am 22. Dezember 2011 seien die Behindertenverbände sowie der Landesbehindertenbeauftragte, Herr Norbert Killewald, in einem Gespräch beim VRR über die bereits erfolgte Entscheidung zugunsten der Anschaffung eines Fahrzeugs mit 76 cm Einstiegshöhe informiert worden; eine Einflussmöglichkeit auf die getroffene Entscheidung sei damals nicht mehr möglich gewesen.

Niederschrift der Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung
vom 2. Februar 2015

Die Linie S5/S8 bediene auf der Strecke Dortmund-Hagen-Wuppertal-Düsseldorf-Neuss-Mönchengladbach insgesamt 45 Stationen, davon hätten 21 Stationen eine Bahnsteighöhe von 96 cm, 24 Stationen eine Einstiegshöhe von 76 cm. Alle Stationen in Düsseldorf hätten eine Bahnsteighöhe von 96 cm; dies entspreche den bisher dort eingesetzten Fahrzeugen.

Die neuen Fahrzeuge bedeuten für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Düsseldorf eine Verschlechterung, da bisher ein höhengleicher Einstieg in die Fahrzeuge möglich gewesen sei, nun aber ein Höhenunterschied von 20 cm zu überwinden sei. Hierzu werde bei den neuen Triebfahrzeugen eine im Inneren befindliche mobile Rampe eingesetzt. Dazu müsse das Fahrpersonal seinen Platz verlassen und die Rampe von Hand auf- und abbauen. Dieser zeitaufwändige Vorgang führe bei den Umsteigezahlen zur Hauptverkehrszeit im Ballungszentrum Düsseldorf (Hauptbahnhof oder Bahnhof Bilk) zu Verzögerungen. Hinzu komme, dass das neue Fahrzeug lediglich fünf Türen habe, im Vergleich zu zwölf Türen beim Vorgängermodell. Damit sei der Umsteigevorgang bereits ohne den Einsatz der Rampe deutlich verzögert. Gehbehinderte Menschen, aber auch blinde und sehbehinderte Menschen, bemängelten, dass der Einstieg in ein Fahrzeug, das tiefer liege, schwieriger zu bewältigen sei, als der Einstieg in ein höher liegendes Fahrzeug.

Die Forderung des VRR nach einer Umstellung aller Stationen auf 76 cm sei für Düsseldorf keine akzeptable Lösung, da alle anderen Fahrzeuge der Linien S1, S6, S11 und S28 auf die Höhe von 96 cm ausgelegt seien.

In Düsseldorf verkehrten noch die S-Bahnlinie S6 und S11, die nicht vom VRR ausgeschrieben werden. Es sei fraglich, ob sich der für diese Linien verantwortliche Nahverkehr Rheinland (NVR) dem Konzept des VRR hinsichtlich der Absenkung der Bahnsteige auf 76 cm anschließe.

Grundsätzlich sei festzustellen, dass eine Standardisierung nur im Rahmen einer viele Jahre dauernden Umbauphase zu realisieren ist, unabhängig davon ob man sich für 76 cm oder für 96 cm entscheide.

Das Amt für Verkehrsmanagement habe auf Initiative der Bezirksvertretung 8 (Eller) den VRR angeschrieben. Dessen Stellungnahme sei der Bezirksvertretung in ihrer letzten Sitzung am 29. Januar zur Kenntnis gegeben worden.

Die Verwaltung rege an, zur nächsten Sitzung das Amt für Verkehrsmanagement um eine Stellungnahme zu bitten, wie in diesem Zusammenhang die Interessen der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer, insbesondere behinderter und älterer Menschen, vertreten werden.

Niederschrift der Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung
vom 2. Februar 2015

Ratsherr Lehne erklärt, man habe bereits im geschäftsführenden Vorstand die Situation bemängelt. Er rege an, dass der Beirat sich im Anschluss an die Diskussion auf eine Resolution verständige, die an den VRR gerichtet werden solle.

Frau Pohlmann eröffnet die Diskussion und bemängelt, dass neben dem Höhenunterschied beim Einstieg auch im Fahrzeuginneren Niveauunterschiede zu überwinden seien, zum Beispiel befänden sich die Sitzplätze zum Teil auf erhöhten Podesten.

Frau Ott regt an, den Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr, zumindest eine Person, die in der Hierarchie höher angesiedelt sei, einzuladen und dann die ausformulierte Resolution zu übergeben.

Frau Bellstedt empfiehlt, auch an vorübergehende Lösungen, wie beispielsweise die teilweise Absenkung des Bahnsteigs, zu denken.

Herr Fischer ergänzt, für sehbehinderte Menschen sei die Auffindbarkeit der wenigen Türen ein Problem.

Ratsherr Matheisen schlägt ebenfalls vor, kurzfristige Maßnahmen zu ergreifen. In Anlehnung an den Begleitservice der Rheinbahn solle eine schnelle, unkonventionelle Lösung gefunden werden.

Herr Kozyk fragt, wie es mit der Einflussmöglichkeit der Stadt Düsseldorf als ein wichtiges Mitglied des VRR sei. Er möchte wissen, ob Politik oder Verwaltung Möglichkeiten hätten, diese Entscheidung des VRR zu korrigieren beziehungsweise auch in Zukunft zu vermeiden.

Ratsherr Lehne stellt für alle anwesenden Fraktionen fest, dass die Politik den Punkt aufgenommen habe. Was die Verwaltung betreffe, solle das Amt für Verkehrsmanagement in der kommenden Sitzung darstellen, wie dort die Sachlage beurteilt werde und welche Einflussmöglichkeiten die Stadt Düsseldorf als Verwaltung habe und geltend mache.

Herr Nowinski merkt an, es sei auch wichtig zu erfahren, wie es zu dieser Entscheidung gekommen sei. Auch müsse man klären, was dies für die Bahnsteige bedeute, die derzeit umgebaut werden. Die Bahnhöfe Derendorf und Zoo seien gerade erst auf 96 cm erhöht worden.

Frau Sader bezeichnet die Situation als einen Schildbürgerstreich. Auch sie regt an, dass eine mitfahrende Begleitperson die mobile Rampe bedienen solle.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass zur nächsten Sitzung eine Resolution formuliert werde. Sie habe das Ziel, unabhängig von den Informationen, die noch

einzuholen seien, so wenig Behinderung wie möglich, also die bestmögliche Lösung für Düsseldorf zu finden.

Herr Schlachetzki möchte noch Fakten und Hintergrundinformationen, bevor er eine Resolution verabschiede.

Ratsherr Matheisen regt an, zusätzlich zu einer Resolution für eine kurzfristige Lösung in Form einer Begleitung und Unterstützung zu sorgen.

Ratsherr Lehne erklärt abschließend, man werde zusätzlich kurzfristig eine Presseerklärung als Beirat herausgeben.

7. Berichte der Runden Tische

Herr Schlachetzki trägt den Bericht der Runden Tische Bauen und Verkehr vor:

Im Berichtszeitraum habe am 1. Dezember eine Sitzung des Runden Tisches Verkehr und am 15. Dezember eine Sitzung des Runden Tisches Bauen stattgefunden.

Im **Runden Tisch Verkehr** seien weitere Umbaumaßnahmen von Haltestellen, wie Aldekerkstraße und Heesenstraße, abgestimmt worden.

Das Amt für Verkehrsmanagement habe den Sachstand zu der Planung zum U-Bahnhof Nordstraße eingebracht und die Verzögerung des Umbaus mit der Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens seitens der Bezirksregierung wegen der Widerstände einer Anwohnergruppe erklärt.

Das Verfahren solle nun jedoch bald abgeschlossen sein, so dass die Nachrüstung mit einem Aufzug noch in diesem Jahr realisiert werden könne. Ziel sei weiterhin ein durchgängiger Aufzug, der von der Gleisebene bis zum oberirdischen Ein- und Ausstieg führe. Das entspreche der Empfehlung des Runden Tisches Verkehr.

In der Sitzung des Runden Tisches Bauen seien Umbaumaßnahmen von Kindertagesstätten, einer Schule und einem städtischen Verwaltungsgebäude abgestimmt worden. Einige Anregungen des Runden Tisches, zum Beispiel die Notwendigkeit einer weiteren Behindertentoilette im Schulgebäude, würden vom Amt für Gebäudemanagement derzeit noch geprüft.

Weiterhin sei es ungeklärt, wie die Auffindbarkeit der Gebäude gewährleistet werden solle. Die Barrierefreiheit, wie in § 4 des

Niederschrift der Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung
vom 2. Februar 2015

Behindertengleichstellungsgesetzes NRW mit den Begriffen „Zugänglichkeit“, „Nutzbarkeit“ und „Auffindbarkeit“ sei somit nicht vollständig umgesetzt.

Dafür sei ein durchgehendes Leitsystem bereits vom Gehweg zum Gebäude führend notwendig, welches an das Blindenleitsystem im „Inneren“ des Gebäudes anschließe.

In den Runden Tischen sei das Thema immer wieder angesprochen worden; auch im Beirat sei bereits mehrfach darüber berichtet worden.

Der Beiratsvorsitzende habe einen Vorschlag unterbreitet, wie man zu einer Lösung kommen könne.

Ratsherr Lehne erklärt im Anschluss an den Vortrag von Herrn Schlachetzki, dass er beabsichtige, die Problematik schriftlich an den Oberbürgermeister heranzutragen und verliest seinen Briefentwurf.

Der Beirat erklärt sich damit einverstanden, das Schreiben Herrn Oberbürgermeister Geisel zuzuleiten.

8. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dölling trägt die Verwaltungsmitteilungen vor:

a) Taktile Stadtplan Gerresheim und Audiodeskription

Der Stadtteilplan von Gerresheim sei nach Benrath und Kaiserswerth der dritte, der in der Reihe „Taktile Stadtpläne von Düsseldorf für blinde und sehbehinderte Menschen“ erschienen sei. Der Plan sei am 25. November 2014 in der Bezirksvertretung 7 vorgestellt und in der Weihnachtsfeier des Blinden- und Sehbehindertenvereins am 7. Dezember 2014 offiziell überreicht worden. Dazu gebe es auch eine ergänzende Audiobeschreibung. Die Produktion sei ohne die tatkräftige Unterstützung des Blinden- und Sehbehindertenvereins nicht möglich gewesen. Er danke ausdrücklich Herrn Kozyk für seine intensive Arbeit im Zusammenhang mit der Erstellung des Plans.

b) Ehrenamtskarte

In der letzten Sitzung sei der Wunsch ausgesprochen worden, über die Ehrenamtskarte zu berichten. Im Nachgang der Sitzung habe es eine ausführliche Information in der Tagespresse gegeben. Auf der städtischen Internetseite www.duesseldorf.de/freiwillig seien alle wichtigen Informationen sowie der Antrag auf Ausstellung der Karte abrufbar.

c) Bericht aus der AG „barrierefreie Sitzungen“

Wie geplant und im Beirat bereits angekündigt, habe sich eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Beirates und der Behindertenkoordination bisher zweimal getroffen und sich mit der Barrierefreiheit von Gremiensitzungen und der verbesserten Darstellung der Barrierefreiheit städtischer Dienstgebäude befasst. Die Ergebnisse würden künftig im Beirat vorgestellt.

d) Friedhofsmobil

Der Seniorenbeirat habe darum gebeten, auf das neue Friedhofsmobil hinzuweisen. Es nehme auf seine Initiative ab sofort auf dem Nordfriedhof den Fahrbetrieb auf - zunächst probeweise für ein Jahr. Der kostenlose Fahrdienst werde montags bis freitags in der Zeit von 10 bis 16 Uhr angeboten. Die Reservierung erfolge über eine zentrale Rufnummer 582-34 56 der Fahrgastbetreuung von Zukunftswerkstatt Düsseldorf und Rheinbahn. Nähere Informationen werden im Anschluss an die Sitzung verteilt.

e) Inklusionsfackellauf

Das „Netzwerk Inklusion Deutschland“ – gefördert von der Aktion Mensch – plane in jeder Landeshauptstadt, so auch in Düsseldorf, einen „Aktionstag Inklusion & Diversity“, der im Herzen der Innenstädte stattfinden solle. Wesentlicher Bestandteil sei ein Fackellauf von der Stadtgrenze zum Aktionsort. In Düsseldorf werde der Fackellauf im Rahmen des Düsseldorfer Brückenlaufs am 19. April stattfinden. Eine Kurzinformation von der Internetseite des Netzwerks werde verteilt, dort sei auch angegeben, wo weitere Informationen erhältlich seien und wo man sich anmelden könne.

f) Barrierefreiheit im Plenarsaal des Rathauses

In der letzten Sitzung habe Herr Oberbürgermeister Geisel erklärt, dass das Rathaus als Haus aller Bürgerinnen und Bürger auch hinsichtlich der Barrierefreiheit verbessert werden solle. Da der Ausschuss für Gesundheit und Soziales aus Platzgründen nun auch im Plenarsaal tage, habe das Amt für soziale Sicherung und Integration das Baudezernat zur Frage der Barrierefreiheit angeschrieben. In der Antwort des Amtes für Gebäudemanagement wurde mitgeteilt, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Besucheremporen des Plenarsaals barrierefrei erreichbar seien, so dass Menschen mit Behinderung die Ratssitzungen besuchen könnten. Um einen barrierefreien Zugang zu den Sitzplätzen des Plenarsaals zu ermöglichen, könne im Foyer des Eingangsbereichs ein Personenlift installiert werden, um die vorhandenen Treppenstufen zu überwinden. Nach dieser Maßnahme wären die oberen

Sitzreihen auf Ebene des Eingangsbereichs für Menschen mit Behinderung zugänglich. Die übrigen Sitzreihen sowie das Rednerpult seien aufgrund der Gegebenheiten des Plenarsaals hingegen nicht erreichbar. Durch diese Maßnahme könne eine Teilnahme von Menschen mit Behinderung an Sitzungen und Veranstaltungen im Plenarsaal ermöglicht werden.

Zu diesem letzten Punkt ergänzt Herr Kozyk, dass dies immer noch keine Lösung für die Ratsmitglieder sei, da weder zu deren Sitzplätzen noch zum Rednerpult ein barrierefreier Zugang gegeben sei. Außerdem stelle das Schreiben nicht klar, ob es denn beabsichtigt sei, diese erwähnten Maßnahmen auch tatsächlich umzusetzen.

Frau Pohlmann weist ergänzend auf die Notwendigkeit einer Stufenmarkierung für sehbehinderte Menschen im Plenarsaal hin.

Ratsherr Lehne stellt fest, die Verwaltung nehme diese Ergänzungen mit.

9. Verschiedenes

a) Arbeitsgruppe Satzung

Herr Fischer berichtet, dass sich eine Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Satzung erstmalig getroffen habe. Sie bestehe aus den Beiratsmitgliedern Herrn Kozyk, Herrn Decius, Herrn Zielonka und seiner Person. Derzeit vergleiche man mit den Satzungen des Seniorenbeirates und des Jugendrates sowie mit den Satzungen anderer Kommunen. Zu gegebener Zeit werde die Gruppe im Beirat ihr Ergebnis vorstellen.

b) Woche der Inklusion

Herr Fischer beklagt eine mangelnde Information über die Woche der Inklusion. Weder ARGE e. V. noch Lebenshilfe oder der Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte seien im Vorfeld über diese Veranstaltung informiert, geschweige denn beteiligt worden. Er bitte darum, dies für zukünftige Veranstaltungen anders zu handhaben.

Herr Dölling teilt mit, dass die koordinierende Stelle zu diesem Thema schriftlich berichtet habe, dass ursprünglich lediglich die Gestaltung einer „inkluisiven Straßenbahn“ vorgesehen war – eine Idee aus dem „Qualitätszirkel Inklusion“. Weitere Aktionen seien zunächst nicht geplant gewesen. Erst sehr kurzfristig habe die mit der Bahn befasste Arbeitsgruppe überlegt, das Motto nachhaltiger und umfassender zu transportieren. Vor

dem Hintergrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit hätten die Beteiligten inklusive Aktionen zusammengetragen, die zu der „Woche der Inklusion“ zusammengefasst worden sei. Es habe sich insofern also um eine „Pilotwoche“ gehandelt. Aufgrund des Zeitdrucks sei auch darauf verzichtet worden, weitere Gruppen anzuschreiben. Allerdings sei im kommenden Jahr eine weitere „Woche der Inklusion“ geplant, dann mit einer längeren Planungszeit und Einbindung weiterer interessierter Organisationen. Herr Fischer weist ergänzend darauf hin, dass es auch Ideen seitens der Werkstatt für angepasste Arbeit gegeben habe, die nicht aufgegriffen worden seien. Er empfinde die Organisation als chaotisch und unbefriedigend.

Frau Bellstedt ergänzt, dass aus Sicht des Wohlfahrtsverbandes, zu dem auch die Werkstatt gehöre, das nicht optimal gewesen sei. Dies sei auch mit der Zusammensetzung des Qualitätszirkels und der Einschränkung auf den schulischen Bereich zu erklären. In der Zukunft sollte das thematisch ausgeweitet werden und dann auch andere Institutionen und Vereine einbezogen werden.

c) Mangelnde Barrierefreiheit von Sitzungsunterlagen

Herr Kozyk berichtet, das sogenannte digitale Sitzungspaket zur Sitzung der Bezirksvertretung 7, in die er vom Beirat entsandt wurde, sei für seinen Screenreader nicht lesbar und somit für ihn unbrauchbar gewesen. Eine Alternative auf der städtischen Internetseite sei derart kompliziert aufzufinden und zu nutzen, dass er dafür länger benötige als für die ganze Sitzung. Der Zustand sei für Menschen, die auf Hilfsmittel angewiesen seien ein sehr unbefriedigender Zustand. Er möchte wissen, ob absehbar sei, wann dies technisch gelöst werde.

Herr Müller antwortet, die Fachverwaltung sei informiert, habe technische Probleme angeführt und die Behebung des Fehlers angekündigt.

Der Vorsitzende erklärt, auch zu diesem Punkt erwarte er für die kommende Sitzung einen Bericht der Fachverwaltung und ebenfalls erwarte er, dass die Fachverwaltung auch in der Sitzung anwesend sei.

Er wolle darauf hinweisen, dass die Arbeit der Beiratsmitglieder ehrenamtlich sei und er erwarte für alle Tagesordnungspunkte und alle Ausschüsse, dass die Fachverwaltung vertreten sei. Die Nichtanwesenheit der Fachverwaltung zu den unterschiedlichen Punkten verärgere ihn. Er werde künftig darauf achten, dass dies nicht mehr vorkomme.

d) „PEGIDA“-Resolution

Frau Humpert-Kalb regt an, dass sich der Beirat zu den Auftritten der sogenannten „PEGIDA“ in Düsseldorf positioniere, wie viele andere das auch gemacht hätten. Nach einigen weiteren Wortmeldungen beschließt der Beirat einstimmig, sich sowohl dem sogenannten „Düsseldorfer Appell“ anzuschließen als auch der Resolution der Ratsfraktionen, die in der Ratssitzung am 5. Februar verabschiedet werden solle.

e) Veranstaltung „Menschen mit Behinderungen im Museum“ der ARGE e. V.

Frau Ott berichtet über die Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE e. V.), die am vergangenen Freitag im Stadtmuseum stattgefunden habe. Neben einem Fachvortrag „Museum für alle – Auftrag und Anforderungen an die Museumspädagogik“ (Referentin Frau Dr. Ameln-Haffke, Universität Köln) habe eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Ratsfraktionen zum Thema „barrierefreie Teilhabe an der Kultur“ stattgefunden. Im Zusammenhang mit der Veranstaltung sei die Neuauflage des Museumsführers der ARGE e. V. vorgestellt worden.

Frau Ott und Ratsfrau Mohrs bemängeln, dass in der Zeit zwischen den beiden Auflagen, das heißt von 2010 bis 2015, in den dort dargestellten Museen kaum eine der Barrieren beseitigt worden sei.

Sie weisen darauf hin, dass ein „Masterplan städtische Gebäudesanierung“ in Vorbereitung sei. Die Fachverwaltung möge zum Sachstand, insbesondere zur Barrierefreiheit in den Kultureinrichtungen, Stellung nehmen. Außerdem solle dargelegt werden, wie der Beirat für Menschen mit Behinderung daran beteiligt sei. Der Beirat schließt sich diesem Wunsch an.

Bürgerfragestunde

Frau Andree berichtet, dass sie die Situation auf der S-Bahnlinie S8 aus eigener Erfahrung kenne. Der Einstieg über die Rampe sei eine „Katastrophe“. Sie möchte ergänzen, dass sich am Fahrzeug ein Anforderungsknopf befinde, mit dem die Hilfestellung für die Rampe beim Triebfahrzeugführer angefordert werden müsse. An der entsprechenden Tür sei auch ein Hinweisschild auf die Einstiegsmöglichkeit für Rollstuhlfahrende angebracht. Sie möchte allerdings vorschlagen, dass zur besseren Erkennbarkeit - ähnlich wie bei der Rheinbahn -

Niederschrift der Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung
vom 2. Februar 2015

ein Blinklicht am Fahrzeug angebracht werde. Außerdem rege sie an, dass der VRR in die nächste Sitzung komme und erläutere, wie die derzeit unzumutbare Regelung mit der mobilen Rampe verbessert werden könne.

Ratsherr Lehne schließt die Sitzung mit dem Hinweis auf die nächste Sitzung am Montag, den 18. Mai, um 14 Uhr.

Ende der Sitzung: 16.15 Uhr

Ratsherr Lehne
Vorsitzender

Wessels
stellvertretender Vorsitzender

Müller
Schriftführung